



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Jutta Widmann FREIE WÄHLER**
vom 09.11.2017

Wohnungsbauförderung Niederbayern

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie viele geförderte Wohnungen wurden in den letzten fünf Jahren in Niederbayern gebaut (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
2. Wie viele geförderte Wohnungen wurden in den letzten fünf Jahren gebaut (bitte nach Jahren aufschlüsseln)
 - im Landkreis und der Stadt Landshut?
 - im Landkreis Dingolfing-Landau?
 - im Landkreis Rottal-Inn?
3. Wie viele Wohnungen für anerkannte Asylbewerber wurden seit 2017 errichtet bzw. bereits genehmigt
 - im Landkreis und der Stadt Landshut?
 - im Landkreis Dingolfing-Landau?
 - im Landkreis Rottal-Inn?

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr
vom 05.12.2017

1. **Wie viele geförderte Wohnungen wurden in den letzten fünf Jahren in Niederbayern gebaut (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?**
2. **Wie viele geförderte Wohnungen wurden in den letzten fünf Jahren gebaut (bitte nach Jahren aufschlüsseln)**
 - **im Landkreis und der Stadt Landshut?**
 - **im Landkreis Dingolfing-Landau?**
 - **im Landkreis Rottal-Inn?**

Die Baufertigstellungen für geförderte Sozialwohnungen werden in der amtlichen Statistik nicht gesondert erfasst. Insofern liegen uns dazu keine Daten vor. Die Baufertigstellung folgt der Bewilligung mit zeitlichem Abstand. So muss für Mietwohngebäude eine Realisationszeit von bis zu drei Jahren, bei großen Mietwohngebäuden bis zu fünf Jahren veranschlagt werden. Die Eigenwohnungen werden in der Regel innerhalb von ein bis zwei Jahren realisiert.

In den ländlicheren Teilen Niederbayerns liegt ein wichtiger Schwerpunkt auf der staatlich geförderten Wohneigentumsbildung. Durch die Wohneigentumsförderung können sich frühzeitig junge Familien in ihrer Heimatregion ein Zuhause aufbauen. Familien, die ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung erwerben, machen in der Regel eine Mietwohnung frei. Dies entlastet zum einen angespannte Mietwohnungsmärkte. Zum anderen schaffen sich die Wohneigentum bildenden Haushalte die Voraussetzungen für ein mietfreies Wohnen im Alter.

In den Jahren 2012 bis 2016 wurden in Niederbayern, der Stadt Landshut sowie den Landkreisen Landshut, Dingolfing-Landau und Rottal-Inn im Rahmen der staatlichen Wohnraumförderung und des Kommunalen Wohnraumförderungsprogramms (KommWFP) der Neubau von Miet- und Eigenwohnungen – der ersten Säule des Wohnungspakts Bayern – wie in nachfolgender Übersicht aufgeführt bewilligt.

Jahr	Niederbayern		Stadt Landshut		Landkreis Landshut		Landkreis Dingolfing-Landau		Landkreis Rottal-Inn	
	MietWE	EigenWE	MietWE	EigenWE	MietWE	EigenWE	MietWE	EigenWE	MietWE	EigenWE
2012	9	75	0	5	0	6	0	7	9	0
2013	28	58	0	9	16	4	0	4	0	0
2014	31	72	4	2	0	6	0	2	23	4
2015	46	37	24	4	13	4	0	4	0	0
2016	134	28	5	2	50	1	0	2	0	0

Außerdem wurden in Niederbayern im Rahmen des staatlichen Sofortprogramms 57 Wohneinheiten errichtet, davon 17 Wohneinheiten in der Stadt Landshut.

Darüber hinaus wurde in Niederbayern der Neubau von Wohnplätzen für Studierende wie folgt gefördert:

- 2014: Neubau von 228 Wohnplätzen, davon 208 in der Stadt Landshut;
- 2016: Neubau von 209 Wohnplätzen in der Stadt Landshut.

3. Wie viele Wohnungen für anerkannte Asylbewerber wurden seit 2017 errichtet bzw. bereits genehmigt

- im Landkreis und der Stadt Landshut?
- im Landkreis Dingolfing-Landau?
- im Landkreis Rottal-Inn?

Im Rahmen des staatlichen Sofortprogramms des Wohnungspakts Bayern wurden in der Stadt Landshut 17 Wohnungen für 92 anerkannte Flüchtlinge und Einheimische mit niedrigem Einkommen errichtet. Die Wohnungen können bis zu einem Drittel mit Einheimischen mit niedrigem Einkommen belegt werden.

Eine Statistik darüber, wie viele anerkannte Flüchtlinge vom KommWFP und der staatlichen Wohnraumförderung profitiert haben, liegt nicht vor. Die Zielrichtung dieser Förderprogramme ist nicht ausschließlich die Sicherstellung der Wohnraumversorgung anerkannter Flüchtlinge, sondern Impulse für den Wohnungsbau für alle zu geben, um die Auswirkungen der Zuwanderung auf den ohnehin schon angespannten Wohnungsmärkten abzumildern.